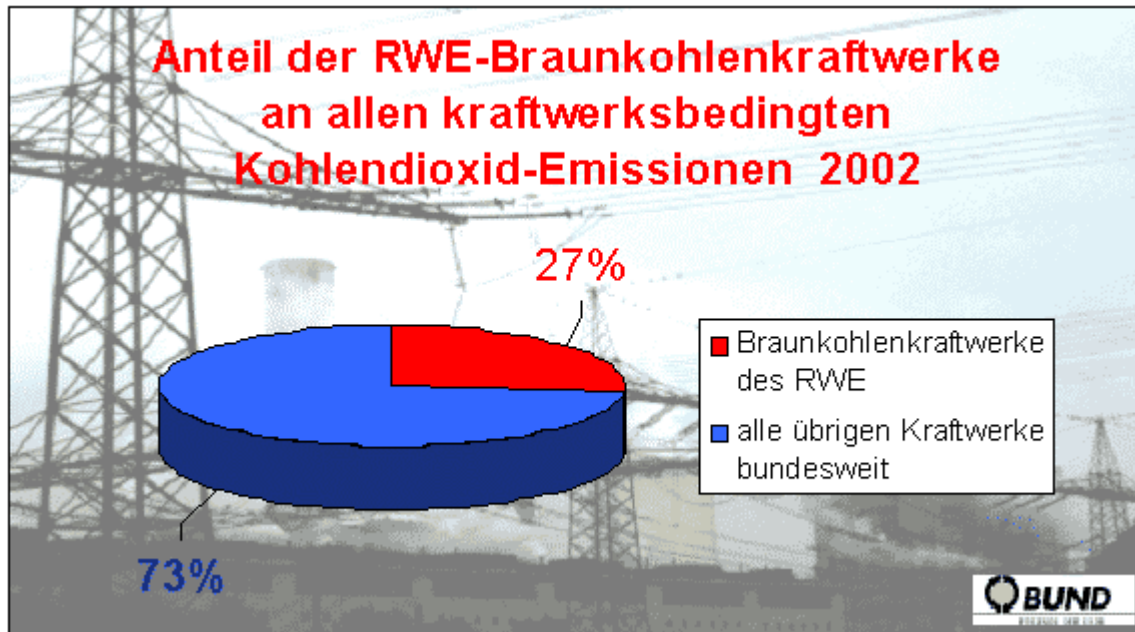


## Emissionshandel: Klimakiller Clement setzt sich durch

### Braunkohle aktuell, 30.03.2004 – Pressemitteilung des BUND in NRW

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht in dem Kompromiss zum nationalen Allokationsplan einen verpatzten Einstieg in den Handel mit Klimagasen. Bundeskanzler Schröder hat sich auf die Seite veralteter Industrien und gegen einen ambitionierteren Klimaschutz gestellt. Auch die Engstirnigkeit des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) und des Bundeswirtschaftsministers habe dem Klimaschutz einen Bärendienst erwiesen.



### Die RWE verursacht mehr als ein Viertel aller kraftwerksbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen!

Der so genannte Kompromiss ist damit eine klare Niederlage für den Klimaschutz. Bis 2007 wird de facto der Ausstoß von Kohlendioxid aus emissionshandelspflichtigen Anlagen auf nahezu unverändert hohem Niveau stabilisiert (503 statt 505 Mio. t). Diese Minimalreduktion geht quasi im statistischen Rauschen unter. Danach sollen dann die Emissionen bis 2012 um insgesamt 2% (!) oder 10 Mio. t gesenkt werden. "Klimakiller" Clement hat sich also auf breiter Front durchgesetzt. Gegenüber dem ursprünglichen Trittin-Vorschlag sind das 15 Mio. t - also ein halber Tagebau Garzweiler - mehr als geplant.

Der aus Klimasicht gebotenen 80%-igen Senkung der Kohlendioxid-Emissionen bis 2050 ist Deutschland mit diesem "Kompromiss" keinen Schritt näher gekommen. Auch wenn sehr alte Anlagen in der 2. Handelsperiode einer zusätzlichen Reduktionsverpflichtung unterliegen, bleibt v.a. die Braunkohle nahezu unbehelligt. Dabei sind allein die vier Braunkohlen-Großkraftwerke im Rheinland für fast ein Drittel aller kraftwerksbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen Deutschlands (= 322 Mio. t) verantwortlich.



### Braunkohlekraftwerke sind die Klimakiller Nr. 1

Allein das Kraftwerk Niederaußem emittiert  
jährlich fast 30 Mio. t CO<sub>2</sub>.

## Braunkohle

### Emissionshandel: Die Industrie mauert – die CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen

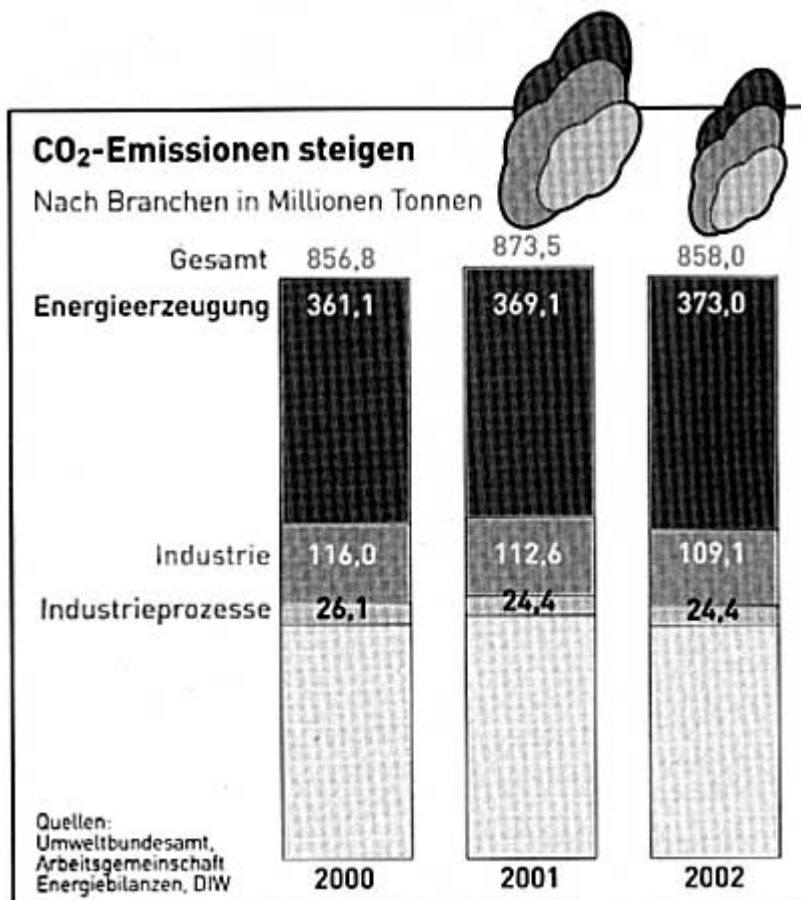
#### Braunkohle aktuell, 13.02.2004 – Pressemitteilung des BUND in NRW

Am 1.1.2005 beginnt der europaweite Handel mit Emissionszertifikaten, an dem in Nordrhein-Westfalen die Betreiber von ca. 670 Anlagen beteiligt sein werden. Diese NRW-Anlagen sind für rund 40 % der bundesdeutschen Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich.

Die Verteilung der Emissionszertifikate erfolgt kostenlos. Sie wird in einem "Gesetz über den Nationalen Allokationsplan" geregelt. Die Verteilung soll auf der Basis der tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen der Kraftwerke und Industrieanlagen zwischen 2000 und 2002 erfolgen.

Seit dem 11. Februar 2004 liegen nun die Ergebnisse der bei den Anlagenbetreibern durchgeführten freiwilligen Erhebung der Ist-Emissionsdaten vor. Danach betragen die Gesamtemissionen aller deutschen emissionshandelspflichtigen Anlagen in der Periode 2000-2002 durchschnittlich 501 Mio. t CO<sub>2</sub> pro Jahr.

Alarmierend ist, dass sich hinter dieser Zahl ein kontinuierlicher Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen von 2000 bis 2002 verbirgt. In diesem Zeitraum stiegen die Gesamtemissionen von 491 über 495 auf 506 Mio. t. Während die prozessbedingten Emissionen leicht von 39 auf 37 Mio. t sanken, stiegen die energiebedingten Emissionen von 452 auf 469 Mio. t CO<sub>2</sub>. Die deutsche Wirtschaft hat entgegen ihrer Selbstverpflichtung ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht gesenkt.



## **Die Industrie hat ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht**

Entgegen ihrer Zusage hat sie ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß gesteigert. Statistisch bereinigt beträgt der Anstieg trotz der wirtschaftlichen Rezession, die in diesen drei Jahren eingesetzt hat, ca. 6 Mio. t CO<sub>2</sub>.

Europas größter CO<sub>2</sub>-Emittent ist dabei das RWE; dessen Kraftwerke sind allein für 127 Mio. t/a Kohlendioxid verantwortlich. Trotzdem erdreistet sich die Industrie, gebetsmühlenartig zu wiederholen, sie hätte ihren Beitrag zum Klimaschutz bereits geleistet.

Dass vor allem die Energiewirtschaft entgegen ihrer Zusage ihre Treibhausgasemissionen gesteigert hat, liefert auch eine triftige Erklärung dafür, dass der BDI und die anderen Wirtschaftsbeteiligten die Gespräche mit der Regierung vorerst unterbrochen haben.

Mit der Vorlage der Ergebnisse der Datenerhebung liegen jetzt allerdings alle Voraussetzungen zur Erstellung des nationalen Allokationsplans vor. Das BMU hat die Ressortabstimmung hierzu Anfang Februar eingeleitet mit dem Ziel einer Kabinettsentscheidung am 31. März d. J., damit der Allokationsplan der EU-Kommission fristgerecht zur Notifizierung zugeleitet werden kann.

NRW hat dabei eine besondere Verpflichtung: Das Energieland Nr. 1 muss auch einen dementsprechend großen Anteil an der CO<sub>2</sub>-Reduktion erbringen. Der Haupt-Klimaschädling, die RWE Power AG, versucht derweil, noch zusätzlichen Profit aus dem Emissionshandel zu schlagen. Entgegen der Ankündigungen sind mit Inbetriebnahme des BoA-Kraftwerks in Niederaußem keineswegs sechs 150-MW-Uralt-Blöcke aus den 60er Jahren stillgelegt worden. Das RWE pokert offenbar um die Zuteilung möglichst vieler Zertifikate. So liegt der maximale Braunkohleneinsatz in den sechs 150 MW-Blöcken bei ca. 22.500 t pro Tag. Das entspricht in etwa der gleichen Menge an Kohlendioxid-Emissionen. Das neue BoA-Kraftwerk produziert hingegen die gleiche Menge Strom mit 27% weniger Kohle. Würde nun die Zuteilung der Zertifikate auf den alten Kraftwerksbestand bezogen, kommt dies einer Lizenz zum Gelddrucken gleich:

Nach Inkrafttreten des Emissionshandels werden flugs die Uralt-Blöcke eingemottet und schon können die frei werdenden Zertifikate auf dem Markt angeboten werden. Bei einem angenommenen Preis von 20 Euro könnte das RWE so allein durch die Abschaltung von sechs 150 MW-Blöcken pro Tag bis zu 66.000 Euro verdienen - durch bloßes Nichtstun.